DAS PROGRESSIVE ZENTRUM

Agenda der Verantwortung

Rahmenpapier für das Politische Symposium 2025

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder I Dezember 2025

1. Suchende Gesellschaft und verunsicherte politische Mitte

Deutschland befindet sich in einer doppelten Orientierungskrise. Auf der einen Seite steht eine verunsicherte Gesellschaft, die nach Halt sucht – geprägt von geopolitischen Erschütterungen, wirtschaftlicher Stagnation, sozialer Fragmentierung und einer wachsenden Skepsis gegenüber staatlicher Handlungsfähigkeit. Auf der anderen Seite stehen politische Parteien, die selbst unter Druck geraten sind: gestresst durch permanentes Krisenmanagement, verunsichert durch interne Konflikte, gelähmt durch Konkurrenz in der politischen Mitte und herausgefordert durch eine radikale Rechte, die klare Feindbilder statt klare Lösungen bietet.

Diese doppelte Überforderung – einer suchenden Gesellschaft und einer nervösen politischen Mitte – erzeugt ein strategisches Vakuum. Die Parteien, die traditionell Orientierung geben sollten, ringen sichtbar selbst um Richtung und Prioritäten. Viele ihrer Debatten kreisen um kurzfristige taktische Vorteile, nicht um langfristige politische Ziele. Die Folge ist eine politische Landschaft, in der der Blick für das Gemeinsame schwindet und das Vertrauen in staatliche Steuerungsfähigkeit sinkt.

Gerade in dieser Situation kann Verantwortung zum strategischen Leitprinzip werden. Verantwortung adressiert kein einzelnes politisches Lager und beschreibt auch keine moralisierende Pose, sondern eine Handlungsorientierung, die unter Bedingungen von Unsicherheit Halt gibt. Drei Perspektiven sind dafür entscheidend.

Erstens: Verantwortung im Sinne Max Webers bedeutet, die Folgen politischen Handelns mitzudenken und Entscheidungen auch dann zu treffen, wenn es keine vollständigen Informationen gibt. Sie verlangt Mut zum Entscheiden, zur Priorisierung und zur Abwägung – Fähigkeiten, die in einer Zeit gleichzeitiger geopolitischer, ökonomischer und sozialer Krisen dringlicher sind als je zuvor.

Zweitens: Verantwortung im republikanischen Sinn beschreibt die Beziehung zwischen Bürger:innen und Staat als gemeinsames Projekt. Nicht als Dienstleistungsverhältnis, in dem der Staat liefert und die Gesellschaft bewertet, sondern als geteilte Aufgabe einer politischen Gemeinschaft. Diese Perspektive betont Gemeinwohl, Kooperation und das Bewusstsein, dass der Staat nur so stark ist wie die Bereitschaft seiner Bürger:innen, selbst auch Verantwortung zu übernehmen.

Drittens: In einer suchenden Gesellschaft kann das Prinzip der Verantwortung Orientierung stiften. Wenn alte Gewissheiten brüchig werden, Polarisierung zunimmt und Vertrauen sinkt, ist das Prinzip der Verantwortung maßgeblich, um den Blick wieder auf das zu richten, was gesellschaftlich trägt: Verlässlichkeit, Prioritätensetzung, öffentliche Güter und die Fähigkeit zu gemeinsamen Entscheidungen. Durch Verantwortung wird ein Rahmen geschaffen, in dem politische Akteure trotz Wettbewerb handlungsfähig bleiben – gerade im Zentrum des Parteiensystems, das Halt geben soll, selbst aber nach Halt sucht.

2. Drei Achsen einer Agenda der Verantwortung

Wenn Verantwortung in einer verunsicherten Gesellschaft und einer nervösen politischen Mitte zum strategischen Prinzip werden soll, braucht sie eine klare inhaltliche Übersetzung. Aus den drei Verantwortungsperspektiven – Folgenorientierung, gemeinschaftliches Staatsverständnis und Orientierung in unsicheren Zeiten – lassen sich drei Politikfelder ableiten, in denen Deutschland und Europa jetzt besonders gefordert sind. Sie markieren jene Achsen, entlang derer sich politische Handlungsfähigkeit konkret erneuern muss: wirtschaftlich, sicherheitspolitisch und sozialstaatlich. Gemeinsam bilden sie den Kern einer Agenda der Verantwortung, die Orientierung gibt und zugleich Raum für politisches Gestalten eröffnet.

I. Verantwortung für wirtschaftliche Neuorientierung – Eigenständigkeit durch aktive Industrie- und Innovationspolitik

Die wirtschaftliche Grundlage des Landes gerät unter Druck: Einbrüche im Export, strategische Abhängigkeiten von China und den USA, schrumpfende industrielle Wertschöpfung und ein binnenwirtschaftlich geschwächter Sozialstaat erzeugen eine Lage, in der das alte deutsche Modell nicht mehr trägt. Verantwortung als Prinzip bedeutet in diesem Feld, **Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen**, Risiken aktiv zu steuern und die Grundlagen von Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand neu abzusichern – wirtschaftlich, technologisch und politisch.

Drei Thesen sind zentral:

These 1: Deutschland braucht eine wirtschaftliche Resilienzstrategie auf allen Ebenen – in Unternehmen, im Staat und in Europa.
Moderne wirtschaftliche Verwundbarkeit entsteht nicht nur durch geopolitische Schocks, sondern durch strukturelle Abhängigkeiten in Lieferketten, Energieversorgung und Schlüsseltechnologien. Eine verantwortungsvolle Neuorientierung verlangt daher:

- Unternehmen, die ihre Abhängigkeiten aktiv reduzieren und stärker in europäische Wertschöpfungsnetze investieren;
- einen Staat, der klare Prioritäten setzt – bei Innovation, Energie, Infrastruktur, Datensouveränität;
- eine europäische Ebene, die strategische Industrien schützt und massiver gemeinsame Nachfrage organisiert (Green Tech, KI, Batterien, Halbleiter). Resilienz wird damit zu einer gemeinsamen Aufgabe, nicht einer Frage einzelner Firmen oder Ressorts.

These 2: Der europäische Binnenmarkt muss zur wirtschaftlichen Schutzgemeinschaft werden – offen im Innern, wehrhaft nach außen.
Deutschland kann seine industrielle Stärke nicht national sichern. Aber der Binnenmarkt ist groß genug, um kritische Produktion, Innovation und Skalierungskraft zu tragen. Dazu gehören:

- Buy-European-Ansätze, die strategische Branchen im Binnenmarkt priorisieren – nicht protektionistisch, sondern liberal im Inneren, schützend nach außen;
- gemeinsame Kriterien für Subventionen, die europäische Wertschöpfung stärken statt fragmentieren;
- Handels- und Wettbewerbspolitik, die unfairen Praktiken – etwa chinesischen Überkapazitäten – entschieden begegnet.

Ein solcher Ansatz macht Europa nicht autark, aber gestaltungs- und widerstandsfähiger.

These 3: Wohlstand beginnt im Innern – Deutschland braucht eine tragfähige Kombination aus Innovation, Produktivität und sozialer Infrastruktur.
Eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik muss zugleich technologisch ambitioniert und gesellschaftlich verankert sein. Dazu gehören:

- massive Investitionen in digitale und physische Infrastruktur,
- Priorisierung von Innovations- und Technologieclustern, die europäisch skaliert werden können,
- Predistribution: faire Löhne, Weiterbildung, stabile Daseinsvorsorge, die wirtschaftliche Teilhabe sichern und regionale Ungleichheiten verringern. Nur wenn Menschen im Alltag Stabilität erfahren, kann wirtschaftliche Transformation gelingen und Vertrauen in politische Entscheidungen entstehen.

Verantwortung für wirtschaftliche Neuorientierung bedeutet damit nicht weniger als: Deutschlands ökonomische Handlungsfähigkeit im 21. Jahrhundert zurückzugewinnen – durch europäische Stärke, nationale Priorisierung und eine Gesellschaft, die die Transformation mittragen kann.

II. Verantwortung für Sicherheit – Verteidigungsfähigkeit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Die sicherheitspolitische Zeitenwende ist politisch beschlossen, aber gesellschaftlich noch längst nicht vollzogen. Verantwortung umfasst hier technologische Modernisierung, institutionelle Resilienz und gesellschaftliche Einbettung.

Konkret bedeutet das:

These 1: Europa braucht eine industrielle Basis, die militärische und zivile Innovationen systematisch verzahnt.
Dual-Use-Technologien, Cyberfähigkeit, Raumfahrt, KI, Materialtechnologie – Verteidigungsfähigkeit entsteht in Wertschöpfungsketten, nicht nur in Kasernen. Sicherheitspolitik ist daher auch Industrie-, Technologie- und Innovationspolitik.

These 2: Sicherheit wird nur dann tragfähig, wenn sie gesellschaftlich verstanden und legitimiert ist. Verteidigungsfähigkeit braucht Kommunikation, Orientierung und Vertrauen – nicht nur Milliardenprogramme.

These 3: Ein modernes „Dienstjahr der Verantwortung" verbindet Wehrfähigkeit, Zivil- und Katastrophenschutz. Es schafft realen gesellschaftlichen Mehrwert und ermöglicht Menschen praktische Verantwortungserfahrungen – eine Pflicht, kein Zwang.

Diese Thesen verdeutlichen: Verantwortung für Sicherheit heißt, die Zeitenwende im Kopf und im Alltag zu verankern – technologisch, institutionell und kulturell.

III. Verantwortung für einen gerechten Sozialstaat – Basis für Demokratie und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Der Sozialstaat ist nicht nur Garant von Sicherheit, sondern Voraussetzung demokratischer Resilienz. In einer fragmentierten Gesellschaft entscheidet er darüber, ob Wandel als chanceneröffnend oder bedrohlich erlebt wird.

Eine verantwortungsorientierte Sozialpolitik beruht auf drei grundlegenden Thesen:

These 1: Gerechte Primärverteilung plus ausgleichende Politik
Gute Löhne, Qualifikation, Mitbestimmung und stabile Arbeitsbedingungen verbessern die Lage der Menschen vor staatlicher Umverteilung. So entsteht Fairness, bevor der Sozialstaat korrigieren muss.

These 2: Begegnungsorte und soziale Infrastruktur sind Grundlage gesellschaftlichen Vertrauens.
In Städten wie in strukturschwachen Räumen brauchen Menschen öffentliche Räume, in denen sie einander begegnen, kooperieren, Konflikte austragen und Teilhabe erleben. Ohne diese Orte wächst Isolation – und politischer Extremismus.

These 3: Der Sozialstaat muss wieder als Ermöglichungsstaat spürbar werden.
Einfache Verfahren, digitale Zugänge, klare Zuständigkeiten: Wenn staatliche Unterstützung nachvollziehbar und zugänglich ist, stärkt sie Vertrauen in Demokratie und Zukunftsfähigkeit. Verantwortung für Vertrauen und Gerechtigkeit bedeutet damit: den Sozialstaat als Fundament gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit zu erneuern.

3. Schluss: Verantwortung als Prinzip politischer Erneuerung

Verantwortung ist das Prinzip, das einer verunsicherten Gesellschaft Orientierung geben und einer gestressten politischen Mitte Handlungsfähigkeit zurückgeben kann. Sie verlangt Mut zur Entscheidung, Klarheit über Ziele und die Bereitschaft, Konflikte auszutragen, statt ihnen auszuweichen. Verantwortung bedeutet nicht, Erwartungen zu bedienen, sondern Zukunft zu gestalten – und die Folgen des eigenen Handelns mitzudenken.

Für jene Kräfte, die für ein offenes, liberales und solidarisches Land einstehen – stellt sich deshalb eine zentrale Aufgabe: Verantwortung wieder als gemeinsames Projekt zu begreifen. Nicht als technokratische Pflicht, nicht als moralisierende Geste, sondern als Prinzip, das wirtschaftliche Stärke, gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet.

Eine Politik der Verantwortung macht Deutschland nicht konfliktfrei, aber konfliktsouverän. Sie stärkt die Fähigkeit des Staates, des Marktes und der Bürger:innen, gemeinsam zu handeln. Und sie bietet eine Antwort auf die entscheidende Frage unserer Zeit: Wie bleibt ein Land gestaltbar, wenn Sicherheiten brüchig werden?

Dieses Thesenpapier dient als Diskussionsgrundlage beim vierten Politischen Symposium von Das Progressive Zentrum am 4. Dezember 2025 in Berlin.

Über den Autor

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder ist Vorsitzender des Progressiven Zentrums. Er hat den Lehrstuhl „Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel“ an der Universität Kassel inne. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören unter anderem Verbände und Gewerkschaften. Wolfgang Schroeder ist außerdem Research Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“. Von 2009 bis 2014 arbeitete er als Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familien des Landes Brandenburg.